

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 38-3 vom 20. April 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

beim Jahresempfang des Bundesverbands deutscher Banken e. V.
am 20. April 2026 in Berlin:

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Christian Sewing,
sehr geehrte Frau Präsidentin der Europäischen Zentralbank, liebe Christine
Lagarde,
Herr Herkenhoff,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
Exzellenzen,
lieber Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,

herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und die Einladung zu Ihrer diesjährigen Jahrestagung. Ich möchte Ihnen zunächst im Namen der Bundesregierung, aber auch persönlich sehr herzlich zum 75. Geburtstag gratulieren. 75 ist kein Alter, ganz im Gegenteil. Sie können auf eine 75-jährige Geschichte des Erfolges der deutschen privaten Banken zurückblicken, der großen und der kleinen, der internationalen und der regionalen. Sie ermöglichen seit 75 Jahren Investitionen. Sie finanzieren Unternehmen. Sie öffnen die Türen zum Kapitalmarkt. Sie sichern Arbeitsplätze in Deutschland. Immerhin fast 540.000 Beschäftigte sind in der deutschen Kreditwirtschaft insgesamt tätig. Sie schaffen einen großen Mehrwert für unser Land, für unsere Volkswirtschaft.

Obwohl es manche gar nicht so gern wissen wollen, ist ein funktionierendes Bankensystem, ist die Finanzindustrie aber das Nervensystem einer Volkswirtschaft. Ohne Banken, ohne Finanzindustrie kann es keine erfolgreiche Volkswirtschaft geben. Eine Finanzindustrie schafft die Grundlage für Wachstum und für die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Ihr Verband, der Bankenverband, leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Deswegen gratuliere ich Ihnen noch einmal sehr herzlich zu Ihrem Jubiläum. Ich wünsche Ihnen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterhin Glück und Erfolg bei dem, was Sie für unser Land tun!

75 Jahre, ein solcher Geburtstag lädt ja dazu ein, einen kurzen Rückblick auf das Jahr Ihrer Gründung zu nehmen, auf das Jahr 1951. Deutschland befand sich unter Bundeskanzler Konrad Adenauer im Wiederaufbau, politisch, gesellschaftspolitisch, wirtschaftlich. Die junge Bundesrepublik Deutschland gewinnt mit der ersten Revision des Besatzungsstatuts einen Teil ihrer außen- und sicherheitspolitischen, aber auch ihrer wirtschaftspolitischen Souveränität zurück. Als Gründungsmitglied der Montanunion und neues Mitglied des Europarats findet diese Bundesrepublik Deutschland Schritt für Schritt und langsam in die zivilisierte Staatengemeinschaft zurück. Das war damals alles andere als selbstverständlich. Deutschland erlebt ein Wirtschaftswunder, wie es später einmal heißen sollte, obwohl es ganz gewiss kein Wunder war. Denn es waren die Rahmenbedingungen, die dies damals mit dem klaren Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zur offenen Volkswirtschaft, zu offenen Märkten überhaupt erst ermöglichten.

In dem Gründungsjahr Ihres Verbandes lag die Wachstumsrate der deutschen Volkswirtschaft bei 8,3 Prozent. Nun war das alles eben kein Wunder. Es war das Ergebnis erheblicher Einsatzbereitschaft in der Bevölkerung. Es war das Ergebnis kluger Politik und richtiger ordnungspolitischer Weichenstellungen – auch im Bankenwesen. Übrigens verklärt sich in der Rückschau manches. Es war nicht unumstritten. Im Gegenteil, es musste hart errungen werden, schon vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, etwa mit dem Eintritt in die frei konvertierbare Währung. Das, was Ludwig Erhard mit der sogenannten Währungsreform ermöglichte, war hart umstritten. Die deutschen Gewerkschaften haben versucht, dagegen einen Generalstreik auszurufen.

Ich sage das alles deshalb, weil wir auch heute in Zeiten hart umstrittener politischer Entscheidungen leben. Denn so, wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auch als Finanzstandort neu aufgebaut werden musste, mit stabiler Währung und einem verlässlichen Bankensystem, so mussten wir auch in anderen Branchen, insbesondere

in unserer Industrie, auf den Weg von Wachstum und neuer Beschäftigung zurückkommen.

Zu dieser Wahrheit gehört wie in anderen Branchen auch dazu: Viele Bankhäuser haben personelle Kontinuitäten aus der NS-Zeit aufweisen müssen. Viele Banken waren zuvor in Kriegswirtschaft und wirtschaftliche Ausbeutung verstrickt. Diese Geschichte wurde spät aufgearbeitet, aber sie wurde aufgearbeitet.

Der Bundesverband deutscher Banken gründete sich also in den Jahren des umfassenden Umbruchs. Sein erster Vorsitzender wurde der Bankier und Abgeordnete des Deutschen Bundestages Robert Pferdmenges, ein enger Freund und Berater unseres ersten Bundeskanzlers und – so sagen es jedenfalls manche Quellen – sein einziger Duzfreund. Im Vorwort des ersten Geschäftsberichts des Verbandes berichtet Pferdmenges von der überraschenden Fülle an Aufgaben, die sich dem Verband in kürzester Zeit stellten. Ja, es war viel zu tun im Wiederaufbau. Die privaten Banken hatten sich zusammengeschlossen, um gemeinsame Interessen zu vertreten, Standards zu setzen und die Wirtschaft verlässlich zu finanzieren, für Wachstum und Wohlstand.

Dieser Auftrag wird nun von Ihnen seit 75 Jahren erfolgreich erfüllt. Am heutigen Tag gilt mein Dank also nicht nur Christian Sewing und Heiner Herkenhoff, sondern allen, die sich im Bankenverband über Jahre und Jahrzehnte engagiert haben, und denjenigen, die sich heute in diesem Verband als verantwortungsvolle Teile unserer Finanzwirtschaft engagieren und einsetzen. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit!

Wir erleben heute erneut große Umbrüche. Christian Sewing hat es angesprochen. Während wir im Wiederaufbau der 50er Jahre die Herausforderungen unmittelbarer und existentieller erlebt haben, sind sie heute weniger greifbar. Gerade deshalb ist das, was wir tun und tun müssen, anspruchsvoller. Ich beklage mich nicht darüber. Im Kern ist es doch dasselbe: Wir müssen wieder tragfähige Grundlagen für den Erfolg unseres Landes in den kommenden Jahrzehnten legen und wieder Wachstum und weiterhin Wohlstand ermöglichen.

Wir leben in Zeiten geopolitischer und tiefer geoökonomischer Konflikte und Unsicherheiten, von anhaltenden Krisenlagen, von Krieg in Europa, von neuem

Protektionismus, der sich gegen Freihandel und offene Märkte richtet. All das wirkt sich auf den wirtschaftlichen Erfolg oder eben Misserfolg unseres Landes aus. Die Lage bleibt angespannt, gerade auch im Mittleren und Nahen Osten. Die Auswirkungen dieses Krieges auf Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hängen maßgeblich von seiner Dauer und seiner Intensität ab. Die Ereignisse der letzten Stunden lassen uns nicht ohne Hoffnung bleiben, dass es vielleicht doch zu einem baldigen Ende kommen könnte.

Und dennoch, wie immer: Auch in einer sich verändernden Welt liegen nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Aber wir werden diese Chancen nur dann nutzen, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit entschlossen stärken. Genau das wollen wir tun. Es geht vor allem um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen am Standort Deutschland. Diese preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist seit Jahren nicht mehr gut genug. Wir haben uns angewöhnt, mit kleinen Trippelschritten zu versuchen, einer Entwicklung hinterherzukommen, die wir aber dennoch nicht eingeholt haben. Deswegen setzen wir als Bundesregierung alles daran, die strukturellen Verwerfungen, die strukturellen Defizite unseres Landes zu beheben. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Wir wollen niedrigere Energiekosten; wir haben die ersten Schritte getan. Wir wollen niedrigere Unternehmenssteuern; wir haben die ersten Schritte getan. Wir wollen weniger Bürokratie; wir haben die ersten Schritte getan. Wir wollen gezielte Investitionen in Innovation und Infrastruktur, und wir wollen Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Nur dann, wenn wir sie reformieren, bleiben sie bezahlbar und zukunftsfest.

Ich sage offen und kurz vor dem ersten Jahrestag unserer Regierungstätigkeit: Wir haben einiges erreicht, aber wir sind weit davon entfernt, dass es genug ist. Wir haben vor einer Woche in der Koalition erste kleinere weitere Schritte besprochen. Wir müssen und werden den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge stoppen. Wir müssen und werden eine strukturelle Reform der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Weg bringen. Wir haben uns am vergangenen Wochenende darauf verständigt. Wir wollen – mehr ist im Augenblick gar nicht erreichbar – die Beitragssätze wenigstens dauerhaft stabil halten. Nur damit Sie ein Gefühl für die Dimensionen bekommen, über die wir sprechen: Ein Prozent Sozialversicherungsbeitrag in Deutschland, das sind 20

Milliarden Euro Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Unternehmen. In Wahrheit sind es die Beiträge allein der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn das, was wir mit dem aufgeteilten Beitragssatz für Unternehmen und Beschäftigte tun, ist in Wahrheit nur eine Verrechnungsposition. Jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin muss mit seiner und ihrer Arbeitskraft den vollen Sozialversicherungsbeitrag erwirtschaften, sonst ist der Arbeitsplatz nicht wettbewerbsfähig.

Wir sprechen von zwei Prozentpunkten, die wir bei der gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Reform einsparen wollen, die ansonsten im nächsten Jahr drohen. Mit anderen Worten: Diese Reform muss auf der Ausgabenseite unserer gesetzlichen Krankenversicherung 40 Milliarden Euro einsparen.

Wir wollen im Sommer den Empfehlungen der Rentenreformkommission folgen, die eine umfassende Reform unserer Alterssicherungssysteme vorschlagen wird. Die gesetzliche Rentenversicherung allein wird allenfalls noch die Basisabsicherung für das Alter sein. Sie wird nicht mehr ausreichen, auf Dauer den Lebensstandard zu sichern. Es müssen kapitalgedeckte Elemente einer betrieblichen und privaten Altersversorgung hinzutreten, und zwar in weit größerem Umfang, als wir sie gegenwärtig weitgehend auf der Basis von Freiwilligkeit haben.

Hier kommen Sie ins Spiel, die Banken. Wir brauchen dabei Ihre Unterstützung, nicht nur materiell, sondern auch ideell und gesellschaftspolitisch. Zu zeigen, dass kapitalgedeckte Altersversorgungssysteme auch unabhängiger von Demografie und Arbeitsmarkt werden, wird ein wichtiger Beitrag sein, den wir alle, auch Sie, zur Reform dieses Altersvorsorgesystems leisten können und müssen.

Ich will es auch gerne sagen: Dass wir uns darauf im Koalitionsvertrag verständigen konnten, ist für uns Christdemokraten ein kleiner Schritt; für die Sozialdemokraten war es ein großer. Anzuerkennen, dass wir jetzt ein Gesamtversorgungsniveau brauchen, das weit über die gesetzliche Rentenversicherung hinaus Bestandteile enthält, die dauerhaft und zuverlässig eingerichtet werden, ist für die Sozialdemokraten ein großer Schritt. Ich will hinzufügen: Aber wir müssen ihn jetzt auch gemeinsam gehen. Wir

dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass wir es wollen und das noch in diesem Jahr so auf den Weg bringen, dass es zum 01.01.2027 in Kraft treten kann.

Was wir da vorhaben, betrifft wiederum in einem zweiten Aspekt unmittelbar Ihre Industrie, Ihre Unternehmen. Wir verbessern damit ja nicht nur die private und betriebliche Altersversorgung. Wir verbessern damit auch durchgreifend den deutschen Kapitalmarkt. Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich seit Jahren beklage, dass wir in Deutschland eben keinen wirklich breiten und tiefen Kapitalmarkt haben – keinen Kapitalmarkt, der zur Altersvorsorge herangezogen wird, aber eben auch keinen Kapitalmarkt, der im Umfang zur Verfügung steht, der notwendig wäre, für die Finanzierung der Unternehmen. Hier sind Sie erneut ein Mitspieler, eine Institution, die beitragen und helfen muss.

Ich möchte, dass wir in Deutschland Schritt für Schritt die Unternehmensfinanzierung sehr viel stärker kapitalmarktorientiert ausbauen. Das heißt nicht, dass Sie als Banken keinen Anteil mehr an der Finanzierung haben – nein, ganz und gar nicht. Sie wechseln sozusagen nur die Seite der Bilanz. Sie helfen mit, dass die Eigenkapitalausstattung unserer Unternehmen besser wird und die Abhängigkeit von Fremdkapital geringer.

Das ist die Aufgabe, der wir uns in dieser Wahlperiode stellen müssen. Wenn wir das schaffen, haben wir ein großes Potenzial in Deutschland. Es fehlt nicht an Geld. Es fehlt an mobilisierten Mitteln für den Kapitalmarkt und spiegelbildlich damit für die Altersversorgung in unserem Lande.

Dass dafür eine große Bereitschaft in Deutschland besteht, dies auch mit Investitionen und Innovationen zu verbinden, das konnte ich gestern und heute bis in den frühen Nachmittag hinein in Hannover auf der diesjährigen Industriemesse 2026 erleben.

Ich will an dieser Stelle ein Wort des Dankes an Christian Sewing sagen; er ist einer der Mitinitiatoren der Initiative „Made for Germany“. Wir haben dort heute Mittag ein Treffen gehabt. Mittlerweile haben sich weit über 100 Unternehmen verpflichtet, über 800 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren in den deutschen Standort zu investieren. Wenn Sie mit diesen Unternehmen sprechen, auch mit den zum Teil jungen

Start-up-Unternehmen, die dabei sind, dann bekommen Sie ein Gefühl dafür, welches Potenzial, welche Dynamik, welcher Wille zur Investition und zur Innovation in unserem Lande vorhanden ist. Ich bin fest entschlossen, dieses Kapital, diese Sympathie und dieses Engagement für unser Land zu nutzen. Wir müssen es gemeinsam tun, damit wir aus dieser strukturellen Schwäche unserer Volkswirtschaft gemeinsam herauskommen.

Ich bin Christian Sewing dankbar, dass er die Europäische Union angesprochen hat. Wir sind mit Abstand das bevölkerungsreichste Land dieser Europäischen Union mit über 82 Millionen Einwohnern von 450 Millionen in der EU. Wenn Deutschland nicht einen überproportionalen Beitrag zum Gelingen des europäischen Projektes leistet, dann wird dieses europäische Projekt scheitern. Und umgekehrt: Wenn Europa den Weg in Richtung mehr Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit nicht geht – ich denke hier an das, was Enrico Letta und Mario Draghi uns bei einer Offsite am 12. Februar im ehemaligen Schloss der Gründung des Deutschen Ordens in der Nähe von Lüttich gesagt haben –, wenn Europa diesen Weg nicht geht, dann wird auch Deutschland scheitern.

Kein Land in dieser Europäischen Union ist vom Gelingen des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit Europas so abhängig wie wir. Gleichzeitig kann kein anderes Land zum Gelingen dieses großen Projektes in der zweiten Phase einen so großen Beitrag leisten wie wir. Deswegen mag mich der eine oder andere, nicht hier im Saal, aber außerhalb, als Außenkanzler apostrophieren. Ich werde an diesem Engagement festhalten, mich in Europa dafür einzusetzen, dass wir gemeinsam in Europa erfolgreich sind, nicht nur ökonomisch, nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern dass wir in dieser schweren Zeit, in der wir sind, auch unsere sicherheitspolitischen, unsere verteidigungspolitischen Interessen gemeinsam wahrnehmen. Ohne Europa wird uns das auch nicht gelingen, meine Damen und Herren!

Wir haben großartige Unternehmen, wir haben großartige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wir haben eine im Wesentlichen jedenfalls gut ausgebildete Mitarbeiterschaft in den Unternehmen. Wir haben junge, innovative Unternehmen, die in Europa wachsen wollen, die Kapital aufnehmen und an die Börse gehen wollen.

Ich sage diesen Unternehmen: Wenn es eben möglich ist, tut es in Europa und nicht unbedingt in den USA. Ich möchte, dass der Kapitalmarkt in Europa so stark wird, so liquide wird, dass die Kapitalsammelstellen, die wir haben, so stark werden, dass sie auch selbst einen Beitrag dazu leisten können, dass der europäische Kapitalmarkt stärker wird. Ich möchte, dass wir den Verbriefungsmarkt so schnell wie möglich wiederbeleben, dass wir eine leistungsfähige europäische Finanzmarktinфраstruktur bekommen. Genau dafür setzt sich die Bundesregierung ein. Genau dafür setze ich mich auch persönlich mit allem Gewicht, das ich auf die Waage bringen kann, auf europäischer Ebene ein.

Und von einem vertieften Kapitalmarkt profitieren Sie alle. Wir zählen auf Sie auf allen Ebenen. Hochvolumige Finanzierungen oder Börsengänge können oft nur die größten Banken leisten und stemmen. Ja, wir brauchen große Banken in Europa.

Aber lassen Sie mich aus aktuellem Anlass eines auch sehr klar sagen: Dies bedeutet nicht, dass jede Form und jede Art der Übernahme in Deutschland willkommen sind. Feindliches, aggressives Vorgehen lehnen wir entschieden ab. Wir müssen auf das schauen, was wir im europäischen und im deutschen Markt gemeinsam brauchen. Unser Mittelstand und unser Handwerk sind auf lokal verankerte Finanzierung angewiesen. In vielen Feldern macht hier auch der Beitrag durch kleine und mittlere Banken vor Ort den Unterschied.

Draghi und Letta machen übrigens einen zweiten, weiteren wichtigen Punkt: Wir haben zu viel Regulierung und Bürokratie in Europa. Auch das hemmt Innovation und Wachstum.

Ich setze mich daher seit meinem Amtsantritt dafür ein, auf europäischer Ebene auch einen Rückbau von Bürokratie zu ermöglichen. Unsere Unternehmen dürfen nicht länger vor diesen unnötigen Wachstumshindernissen stehen, und sie stehen vor solchen Hürden. Denn das ist Bürokratie. Das schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Ich erwarte deshalb von der Europäischen Kommission – ich sage es immer wieder –, dass sie das gesamte europäische Recht überprüft, mit zwei Zielen, nämlich bestehende Gesetze zu vereinfachen und Überregulierungen ersatzlos zu streichen.

Die Europäische Kommission hat bereits einige Vereinfachungspakete, sogenannte Omnibus-Pakete, auf den Weg gebracht und weitere sind geplant. Das ist der richtige Ansatz, auch für die Finanzmarktregulierung. Übrigens: Nach der Finanzkrise wurden wichtige und richtige Entscheidungen getroffen, die die Widerstandsfähigkeit im Finanzsektor deutlich verbessert haben. Das Eigenkapital ist höher, die Risikopuffer sind größer. Das bleibt richtig und wichtig. Aber es ist nun an der Zeit, diese Regulierung auch erneut auf den Prüfstand zu stellen. Nicht alles, was unmittelbar nach der Finanzkrise richtig war, bleibt heute richtig, auch angesichts des Wettbewerbs, den wir zum Beispiel mit den amerikanischen Banken auf dem europäischen Kontinent austragen müssen.

Ich begrüße es deshalb sehr ausdrücklich, dass die Europäische Kommission an einem Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Banken arbeitet. Auf den Bericht muss ein Vereinfachungspaket folgen. Dafür setze ich mich ein, dafür setzt sich die Bundesregierung ein, gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten. Die Finanzstabilität muss natürlich gesichert werden, aber gleichzeitig muss die Bürokratie deutlich zurückgebaut, Berichtspflichten reduziert werden. Proportionalität ist das richtige Stichwort. Auch das senkt Kosten für die Banken in Deutschland.

Und schließlich: Wir müssen in Deutschland die Umsetzung von Regulierung im Blick behalten und zielgerichtete, verhältnismäßige und vor allem bürokratiearme Umsetzungen ermöglichen. „Gold-Plating“ nennt man so etwas in Deutschland, wenn es darum geht, Richtlinien der Europäischen Union nicht 1 zu 1, sondern 1 zu 1,5 oder gar noch weitergehender umzusetzen. Was für ganz Europa genug ist, das kann und muss auch für Deutschland ausreichend sein.

In diesem Sinne: 75 Jahre Bundesverband deutscher Banken, das ist nicht nur ein dankbarer Blick zurück, das ist auch ein Auftrag für die Zukunft. Denn wenn wir eines aus Ihrer und unserer Geschichte seit 1951 lernen können, dann ist es dies: Fortschritte werden gerade in Zeiten großer Herausforderungen möglich.

Die Welt sortiert sich im Augenblick neu. Ja, unsere Politik, unsere Weichenstellungen gerade jetzt entscheiden deshalb, wie stark unser Land morgen sein wird. Ob aus

Unsicherheit neue Stärke entsteht, ob aus Umbrüchen neue Chancen werden, das – und hier hat Christian Sewing erneut recht – liegt an uns, es liegt in unserer Hand.

Dass das gelingt, daran arbeiten wir, daran arbeitet die Bundesregierung, daran arbeiten Sie. Und es kommt wieder auf Sie an, auf die Finanzwirtschaft, wie schon in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir, wenn alle in diesem Land klug zusammenwirken, wenn alle bereit sind, ihren Teil beizutragen und auch ihren Teil zu tragen, dann können wir die Zukunft unseres Landes erfolgreich gestalten, und zwar so, dass wirtschaftlicher Erfolg und ein gutes gesellschaftliches Miteinander ebenso möglich sind wie persönliche Verwirklichungschancen eines jeden Einzelnen. Das geht Hand in Hand; das leben Sie vor. Das sind realistische Zielvorstellungen.

Dafür braucht es kein Wunder. Dafür braucht es jetzt die Leistung zuversichtlicher und verantwortungsvoller Menschen, die gemeinsam die großartigen Potenziale verwirklichen, die unser Land auch unverändert heute hat.

Noch einmal in diesem Sinne, lieber Christian Sewing: Herzlichen Glückwunsch zum 75. Geburtstag! Auf die nächsten erfolgreichen Jahrfünfte und Jahrzehnte!

Herzlichen Dank.

* * * * *